

ist immer noch umständlich genug. Sie muss mit den officiellen Durchschnittsmustern rechnen, die in London wesentlich durch die London Corn Trade Association festgestellt werden.

Das idealste System ist das auf den officiellen United-States-Börsen-Certificate beruhende. Diese sind nämlich endgiltig; Käufer und Verkäufer wissen ganz genau, woran sie sind. Ein von einer amerikanischen Börse ausgestellttes Certificat ist in der ganzen Welt ein vollgiltiges Document. Differenzen und Verluste bei Getreidekäufern mit Certificat sind ausgeschlossen; diese Art Getreidehandel bietet für alle Beteiligten, den Producenten, den Händler und den Consumenten resp. den europäischen Importeur die denkbar grösste Sicherheit.

Jeder Landwirt ist in Nordamerica in der angenehmen Lage, sein Getreide nach dem ihm am günstigsten gelegenen Platze in das Lagerhaus zu schicken. Dort wird seine Waare von officiellen Inspecteurs besichtigt und classificiert, und der Landwirt weiss, welche Qualität er geliefert hat.

Ferner bestehen nicht nur an allen Hafenplätzen, sondern auch an vielen Binnenplätzen Börsen, an denen täglich genaue Tagespreise für die einzelnen Warenklassen festgestellt werden. Nach diesen Tagespreisen kann sich jeder Verkäufer selbst den Wert seines eingelegten Getreides berechnen und kann verkaufen, wann er will; gegen geringe Einlagerungsspesen kann er seinen Vorrat halten.

Die Umsätze der Börsen sind ganz gewaltig. Der Verkehr in Buffalo belief sich 1897 in Weizen auf 57 Mill. Bush. Ankünfte und 6 Mill. Bush. Versand; in Mais ebenfalls auf 57 Mill. Bush. Ankunft und 11 Mill. Bush. Versand; in Chicago (Weizen) auf 28 Mill. Bush. Ankunft und 27 Mill. Bush. Versand, resp. (Mais) auf 117 Mill. Bush. Ankunft und 97 Mill. Bush. Versand. Die Haupt-sammelpunkte der Vereinigten Staaten für Weizen sind Minneapolis, die „Mühlens-tadt“, Chicago, New-York, St. Louis, Buffalo, Duluth und Baltimore. An keinem von diesen Plätzen befand sich Ende December 1897. von den sichtbaren Vorräten weniger als 1 Mill. Bush.; in Minneapolis allein befanden sich fast 12 Mill. Bush.

Man sieht: die americanische Landwirtschaft ist nicht mehr das, was man bei uns noch Landwirtschaft nennt. In jener herrscht warmes, industrielles Leben, energische Thätigkeit in jedem Zweige. Arbeit und immer wieder Arbeit in Verbindung mit dem Capital ist es, was der Landwirtschaft vom Fleck hilft. Unsere Landwirtschaft will sich nicht los machen von den alten Traditionen. Der Grundbesitz war und ist leider noch mit grossen politischen Rechten und Vorrechten ausgestattet. Dieser Thatsache verdanken wir es, dass die freie eigene Thätigkeit der grossen Landwirte erstorben ist; allen Fortschritt erwarten unsere Agrarier von der Ausbeutung ihrer politischen Machtstellung. Mag diese indes noch so gross sein, sie bringt nicht dass Hauptmittel zum Fortschritt: die Industrialisierung der Landwirtschaft.

Zur Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen.

Ein Vorschlag für den Mainzer Parteitag.

Von

Paul Hirsch

(Berlin)

Der diesjährige Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands wird sich einem auf dem letzten Parteitage angenommenen Antrage

zufolge auch mit der Frage der Taktik der Socialdemokratie bei den Landtagswahlen zu befassen haben. Voraussichtlich wird in den Debatten wiederum die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen einen grossen Spielraum einnehmen. In der That ist es dringend nötig, dass endlich einmal den preussischen Genossen eine Richtschnur für ihr Verhalten bei den Landtagswahlen gegeben wird. Denn wenn auch der Stuttgarter Beschluss sich vor dem in Hamburg gefassten durch eine grössere Klarheit auszeichnet, so ist doch andererseits nicht zu verkennen, dass er den thatsächlichen Verhältnissen nicht Rechnung trägt. Bei der Eigenart des Wahlrechts für den preussischen Landtag ist es schlechterdings unmöglich, die Entscheidung über die Beteiligung den Genossen der einzelnen Kreise zu überlassen. Entweder wir sehen überhaupt von einer Beteiligung ab, oder aber, wir nehmen es mit der Sache ernst und beteiligen uns auf der ganzen Linie an den Wahlen. Das bedingt schon der Umstand, dass wir es mit einer indirecten Wahl zu thun haben.

Verfehlt war der Stuttgarter Beschluss auch insofern, als die im Bericht der Parteileitung ausgesprochene Hoffnung, dass die „praktischen Erfahrungen, welche die Genossen bei den bevorstehenden Landtagswahlen sammeln werden, zu einer gemeinsamen Richtschnur für die preussischen Genossen führen werden,“ sich nicht erfüllt hat und sich naturgemäss auch gar nicht erfüllen konnte. Die Meinungen gehen heute noch genau soweit auseinander wie vor drei Jahren.

Nur zweierlei haben die schwachen Versuche einer Wahlbeteiligung der Socialdemokraten an einzelnen Orten bewiesen: einmal, dass wir dadurch im Stande sind, der Reaction Abbruch zu thun und die liberale Bourgeoisie zu stärken, sodann aber, dass die Befürchtungen, unsere Parteigenossen würden sich mit dem complicierten Dreiclassenwahlssystem nicht abfinden können, hinfällig sind. Weder die offene Stimmabgabe, noch der mit der Wahl verbundene Zeitverlust hat sich für unsere Genossen da, wo sie sich an der Wahl beteiligten, als ein unüberwindliches Hindernis erwiesen, und solche kleinen Ungeschicklichkeiten, wie sie in Breslau vorgekommen sind, Ungeschicklichkeiten, die bekanntlich die Cassierung der drei freisinnigen Mandate zur Folge hatten, werden sich in Zukunft mit Leichtigkeit vermeiden lassen.

Dass wir durch unser Eintreten die Macht der Reaction in Preussen ganz erheblich zu schwächen vermögen, darüber kann heute kein Zweifel mehr herrschen. Die Frage ist nur, ob es einen Sinn hat, lediglich zur Stärkung des Freisinns in den Wahlkampf zu ziehen. Würde es sich in Wirklichkeit nur darum handeln, den Freisinnigen ein paar Dutzend Mandate zu verschaffen, so wäre es allerdings vielleicht besser, die Socialdemokratie sähe von einer Wahlbeteiligung ab. Denn wenn auch die heutigen Freisinnigen in manchen Fragen, z. B. da, wo es darauf ankommt, einen Angriff auf die bürgerlichen Freiheiten abzuwehren, mit uns Hand in Hand gehen, so haben sie doch gerade in der Vertretung der Arbeiterinteressen, sowohl im Reichstage, als auch in den Landtagen der Einzelstaaten, bisher noch immer versagt. Im preussischen Landtage ist ihr Verhalten in Arbeiterfragen ein geradezu klägliches zu nennen.

Nein, nicht auf eine Stärkung des Freisinns kommt es an, nicht darauf kommt es an, dem liberalen Bürgertum zu unverdientem Ansehen und unverdienter Macht zu verhelfen, sondern, wenn wir uns an der Wahl beteiligen, dann müssen wir dies thun mit der ausgesprochenen Absicht auf Erringung eigener Mandate. Glücklicherweise stehen ja diejenigen innerhalb der socialdemokratischen Partei, die heute noch die Bedeutung eines Landtagsmandats für die Arbeiterbewegung verkennen, nur vereinzelt da. Selbst die eifrigsten Gegner der Wahlbeteiligung sehen ein, dass es für die Partei von der grössten Wichtigkeit, wenn nicht zu unabweisbarer Notwendigkeit geworden ist, eigene Mandate für den preussischen Landtag zu besitzen. Sie verlangen nur, dass die Mandate ausschliesslich der Kraft der socialdemokratischen Partei zu verdanken sein sollen.

Gewiss ist diese letzte Forderung durchaus berechtigt, aber hat denn schon jemals ein Beürworter der Wahlbeteiligung in unseren Reihen verlangt, dass wir durch die Gnade einer anderen Partei in den Landtag einziehen sollen, ganz abgesehen davon, dass die gegnerischen Parteien sich sehr wohl hüten würden, uns aus freien Stücken auch nur einen einzigen Sitz abzutreten?

Eine ganz andere Frage ist allerdings die, ob es uns möglich ist, ohne Wahlbündnis oder Compromiss ein Mandat zu erringen. Die Gegner der Wahlbeteiligung bestreiten das, und sie scheinen damit nicht unrecht zu haben. Freilich fehlt es bisher an einem sicheren Beweis dafür, denn man kann doch aus den schwachen Ansätzen zu einer Wahlbeteiligung im Jahre 1898 unmöglich bindende Schlüsse ziehen oder gar sich auf „praktische Erfahrungen“ stützen wollen. Auch die Wahlstatistik ist so ungenau, dass sich daraus mit Sicherheit weder ein Argument für noch ein Argument gegen die Wahlbeteiligung herleiten lässt.

Es ist hier nicht der Ort, auf die Mängel der bisherigen Wahlstatistik für Preussen einzugehen. Wer sich dafür interessiert, dem sei die kritische Abhandlung von R. Siegfried: Ein Mahnwort zur Statistik der preussischen Landtagswahlen von 1898 zur Lectüre empfohlen. Amtliche Statistiken sind überhaupt nur über die Wahlen von 1861, 1862, 1863, 1866 und dann erst wieder von 1893 veröffentlicht; doch ist die von Georg Evert bearbeitete, in der Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus erschienene Wahlstatistik für 1893, so fleissig diese Arbeit an und für sich ist, gerade für unsere Zwecke durchaus unbrauchbar, da sie, wie Siegfried in seiner Kritik mit Recht betont, keinerlei Angaben über die Bevölkerung, Wählerzahl, Wahlbeteiligung, vor allem aber über die Parteistellung der Wähler enthält.

Eher kann man einen Schluss auf die Parteistellung der Wähler aus den dürftigen Uebersichten über die Wahlergebnisse ziehen, die dem Abgeordnetenhaus zu Beginn jeder Legislaturperiode zugehen; aber auch dies „Material“ ist eben gerade wegen seiner Dürftigkeit nur mit äusserster Vorsicht zu benutzen. Unzweifelhaft geht daraus hervor, dass sich unter den wenigen Wahlkreisen, die der Freisinn besitzt, einige befinden, die ihm für absehbare Zeit sicher bleiben, bei denen es sich also im Falle einer Wahlbeteiligung der Socialdemokraten nur um die Aufstellung von Zählcandidaturen handeln könnte. Es sind dies vor allem Berlin II

und IV. Unsicherer ist Berlin III, wo im Jahre 1898 sich unter 2148 Wahlmännern nur 1358 befanden, die für Virchow stimmten, während 782 dem Antisemiten Ulrich ihre Stimme gaben. Bei der Zusammensetzung der Bevölkerung in diesem Wahlkreise ist es für die Socialdemokratie ein leichtes, soviel Wähler durchzubringen, dass der Antisemit mit dem Freisinnigen in Stichwahl kommt und letzterer, wenn überhaupt, so nur noch durch Stimmenthaltung der socialdemokratischen Wähler oder durch directes Eintreten für ihn das Mandat behaupten kann.

In eine ähnliche ausschlaggebende Stellung kann die Socialdemokratie in den vor den Thoren Berlins gelegenen Kreisen Ober- und Niederbarnim sowie Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg kommen, die heute beide conservativ vertreten sind. Im ersteren Kreise verfügten die Conservativen über 694 Wähler, während die absolute Mehrheit 554 betrug, im letzteren über 1049, während zur absoluten Mehrheit 928 erforderlich waren. Auch hier könnte es die Socialdemokratie durch ihre Beteiligung an der Wahl dahin bringen, dass sie den Ausschlag zu geben hat, so dass es von ihrer Entscheidung abhängen würde, ob diese Kreise auch fernerhin durch 3 resp. 2 Conservative oder durch ebensoviel Anhänger links stehender Parteien vertreten sein sollen.

Andere Mandate, die den Freisinnigen bei den letzten Wahlen zugefallen sind, verdanken sie bekanntlich nur der socialdemokratischen Hilfe; es sind das die neun Mandate in Breslau, Frankfurt a. M., Görlitz und Hagen. Wäre die Socialdemokratie nicht für sie eingetreten, so wären die freisinnigen Candidaten unterlegen.

Bedenken wir ferner, dass bei einer allgemeinen Wahlbeteiligung der Socialdemokratie die Verhältnisse sich zu ungunsten der Reaction ändern würden; da es sich zahlenmässig nachweisen lässt, dass, je schwächer die Wahlbeteiligung war, desto bessere Geschäfte die Reaction bei den Landtagswahlen von jeher gemacht hat, und umgekehrt, so liegt der Schluss nahe, dass unser Einfluss, dem Dreiclassenwahlsystem zum Trotz, denn doch nicht so gering ist, wie vielfach behauptet wird.

Vergessen wir doch nicht, dass auch das „elendeste aller Wahlsysteme“ einige Bestimmungen enthält, die uns zum Vorteil gereichen können. Zunächst ist der Umstand, dass zur Ausübung der Wahl das 24. Lebensjahr genügt und dass auch alle diejenigen wählen dürfen, die keine Steuern zahlen; sondern denen eine fingierte Steuer von 3 Mk. angerechnet wird, für die Arbeiter ein entschiedener Vorteil. Dazu kommt, dass die Drittelung nicht in Wahlkreisen, sondern in Urwahlbezirken erfolgt. Es ist ganz falsch und zeugt nicht gerade von besonderer Kenntnis des preussischen Wahlgesetzes, wenn man so oft sagen hört, wir könnten höchstens die Wähler der dritten Classe, niemals aber die der beiden ersten Classen durchbringen. So liegt die Sache nicht, wir würden vielmehr in einer Reihe von Urwahlbezirken voraussichtlich überhaupt keinen Wähler durchbringen; in anderen hingegen alle drei Classen mit Leichtigkeit erobern können, hatten wir doch in Berlin Bezirke, wo man mit 6 Mk. Steuern in der zweiten Classe, und andere Bezirke, wo man mit 12 Mk. Steuern sogar in der ersten Classe wählen konnte!

Immerhin bin ich nicht so optimistisch, zu glauben, dass wir — abgesehen von einem günstigen Zufall — auch nur in einem einzigen Kreise die absolute Mehrheit der Wahlmänner aus unseren Reihen stellen können. Aber, wie gesagt, es lassen sich irgend welche bindenden Schlüsse weder aus der bisherigen Statistik noch aus den geringen praktischen Erfahrungen ziehen.

Wenn nun aber die unbedingte Notwendigkeit der Erringung eigener Mandate für die Arbeiterpartei anerkannt und wenn andererseits das Wahlsystem darauf zugeschnitten ist, die Arbeiter von der Vertretung ihrer Interessen auszuschliessen, so hiesse es ein Zurückweichen vor dem elendesten aller Wahlsysteme, ein Zugeständnis an die Reaction, wollte die Socialdemokratie aus diesem Grunde von der Wahlbeteiligung Abstand nehmen. Geht es nicht ohne Compromiss, so darf man auch nicht vor einem Compromiss zurückschrecken.

Man lasse sich doch durch ein Schlagwort nicht verblenden. Compromiss bedeutet nichts anderes als Verabredung, und eine solche Verabredung zu treffen ist durchaus kein Verrat an der Partei, vorausgesetzt natürlich, dass dabei nichts von unseren Principien aufgegeben wird. Selbst ein so eifriger Gegner der Wahlbeteiligung, wie Liebknecht, erklärt es, in seiner Schrift: Kein Compromiss — kein Wahlbündnis, für eine Thorheit, wenn eine politische Partei darauf verzichten wollte, aus den Conjunctionen des politischen Lebens Vorteile zu ziehen und die Kämpfe der verschiedenen Parteien für sich auszunutzen, er rät lediglich zur „Vermeidung von Bündnissen, Verabredungen, Cartellverträgen oder wie sonst es genannt werden mag, durch welche ein Principienopfer bedingt oder überhaupt das Verhältnis unserer Partei zu den bürgerlichen Parteien in einer für uns nachteiligen Weise geändert wird.“ Zweifelloß ein Wort, das alle Freunde der Wahlbeteiligung unterschreiben werden.

Im übrigen hat über die Frage des Zusammengehens mit anderen Parteien bereits die höchste Stelle der Partei, der Parteitag, ein endgültiges Urteil gefällt, durch Annahme der Resolution Behel in Hannover, worin es heisst: „Ohne sich über das Wesen und den Charakter der bürgerlichen Parteien als Vertreter und Verfechter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu täuschen, lehnt sie ein Zusammengehen mit solchen von Fall zu Fall nicht ab, sobald es sich um Stärkung der Partei bei Wahlen oder um Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten des Volkes oder um eine ernsthafte Verbesserung der socialen Lage der Arbeiterklasse und der Förderung von Culturaufgaben, oder um Bekämpfung arbeiter- und volksfeindlicher Bestrebungen handelt. Aber die Partei bewahrt sich überall in ihrer Thätigkeit ihre volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit und betrachtet jeden Erfolg, den sie erringt, nur als einen Schritt, der sie ihrem Endziel näher bringt.“

In dieser Resolution ist meines Erachtens genau angegeben, in welchen Bahnen wir uns zu bewegen haben, wenn wir an der Landtagswahl teilnehmen wollen. Halten wir uns an diese Resolution, dann sind die Befürchtungen der Gegner der Wahlbeteiligung, dass die Partei corrumpt wird, hinfällig. Dann kann auch nicht die Rede sein von einer uns compromittierenden Annäherung an die bürgerlichen Parteien, dann kann nicht

Die Rede sein von einer Verwischung des Charakters des Classenkampfes, dann kann nicht die Rede sein von einem praktischen Preisgeben unserer Parteigrundanschauungen, und wie die Schlagworte alle heissen mögen, die an Stelle von Gründen gegen die Wahlbeteiligung angeführt werden.

Ausgehend von dem Gedanken der Resolution Bebel und unter Berücksichtigung der Eigenart des in Preussen geltenden Wahlrechts, dürfte es sich empfehlen, auf dem nächsten Parteitag die allgemeine Beteiligung unserer Partei an den Landtagswahlen zu beschliessen und zwar nur durch Aufstellung eigener Wahlmänner. Erst, wenn die Wahlmännerwahlen vollzogen sind, kann für uns ein Zusammengehen mit anderen Parteien in Betracht kommen, erst dann können wir entsprechend unserem Stärkeverhältnis mit bestimmten Forderungen an andere Parteien herantreten. Natürlich muss streng darauf gesehen werden, dass wir uns von denjenigen Parteien, mit denen wir in Unterhandlung stehen, nicht übers Ohr hauen lassen, und zu diesem Zwecke ist die Bildung eines Centralwahlcomités für Preussen notwendig, das in enger Fühlung mit den einzelnen Wahlkreisen bleibt und gemeinsam mit den Vertrauenspersonen der Kreise die Verhandlungen führt.

Würden wir von der Bildung eines Centralwahlcomités Abstand nehmen, so würden wir leicht Gefahr laufen, weniger Abgeordnete durchzubringen, als wir nach unserem Stärkeverhältnis beanspruchen können. Nehmen wir beispielsweise an, dass wir, was, wie oben nachgewiesen, sehr wahrscheinlich ist, in Berlin III den Ausschlag zwischen Freisinn und Antisemitismus, in Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, den Ausschlag zwischen Freisinnigen und Conservativen zu geben haben, dass wir also so viel Wahlmänner in diesen beiden Kreisen aus eigener Kraft durchgebracht haben, um durch unser Fernbleiben von der Wahl die Niederlage des Freisinns zu sichern, so wäre es doch eine Thorheit, wenn wir auf den Preis des Kampfes verzichten wollten. Wir würden in diesem Falle die Freisinnigen vor die Frage stellen, ob sie wünschen, dass diese beiden Kreise den Antisemiten bzw. den Conservativen zufallen, oder ob sie sich verpflichten wollen, in dem einen Kreise Mann für Mann für die socialdemokratischen Candidaten zu stimmen, wohingegen sich unsere Wahlmänner verpflichten müssten, in dem anderen Kreise für den freisinnigen Candidaten zu stimmen. Hier handelt es sich zufällig um zwei nicht allzuweit auseinanderliegende Kreise, aber es können ja auch Wahlkreise in Betracht kommen, die in ganz verschiedenen Provinzen der Monarchie liegen, so dass die Genossen des einen Kreises die Verhältnisse des anderen nicht genau überblicken. Aus diesem Grunde muss, um die Fühlung zwischen den einzelnen Kreisen aufrecht zu erhalten, und um dafür zu sorgen, dass uns auch wirklich diejenigen Mandate zufallen, die zu verlangen wir ein Recht haben, ein Centralwahlcomité gebildet werden. Ob der Parteivorstand sich als solches constituirt, oder ob für diesen Zweck besondere Genossen gewählt werden, ist eine Frage von untergeordneter Bedeutung.

Wenn wir diesem Vorschlage folgen, so bleiben wir während des ganzen Wahlkampfes unentwegt auf dem Boden des Classenkampfes stehen; wir treten unbedingt ein für socialdemokratische Forderungen, wir machen weder dem Freisinn noch irgend einer anderen Partei auch nur

das geringste Zugeständnis, wir bringen unsere Wahlmänner da, wo wir sie durchbringen, aus eigener Kraft durch.

Erst, wenn die Wahlmännerwahlen vorüber sind, beginnen die Unterhandlungen mit anderen Parteien, Unterhandlungen, die, wie im voraus bemerkt sei, kein Compromiss in dem üblichen Sinne sind, den dieses Wort bei einem Teil unserer Parteigenossen im Laufe der Zeit erlangt hat. Verfahren wir in dieser Weise, dann ist auch ein anderer, von Gegnern der Wahlbeteiligung ins Feld geführter Grund häufig, dass es Verwirrung in unseren Reihen hervorrufen muss, wenn wir für die Partei, die wir bei den Reichstagswahlen aufs heftigste bekämpfen, bei den Landtagswahlen eintreten, denn wir führen ja bei den Wahlen mit gleicher Schärfe und unter gleich strenger Betonung unserer socialdemokratischen Forderungen den Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie. Dass dann hinterher unsere Wahlmänner eine Taktik einschlagen, die uns eine bestimmte Anzahl von Mandaten sichert, bedeutet nichts weiter, als eine Ausnutzung unseres bisherigen Erfolges.

Natürlich müssen wir, um einen oft erhobenen Einwand vorweg zu nehmen, auch damit rechnen, dass die Partei, mit der wir unterhandeln, ihre Verpflichtung uns gegenüber nicht erfüllt. Allzu gross aber ist die Gefahr nicht. Denn würde dieser Fall eintreten, so hätte sich die betreffende Partei dadurch selbst ihr Grab gegraben; auch der letzte ihrer Anhänger, soweit er noch Gefühl für politischen Anstand hat, würde ihr den Rücken kehren.

Erleichtert wird dem Parteitage in Mainz seine Zustimmung zur Wahlbeteiligung durch die Logik der Thatsachen. Wer nicht absichtlich vor den Erscheinungen in unserem öffentlichen Leben sein Auge verschliesst, der muss zu der Ueberzeugung kommen, dass die Socialdemokratie, wenn sie weitere Erfolge erzielen will, ihre Taktik in der Frage der Landtagswahlen ändern muss. Wir wollen die politische Macht erobern, aber wir übersehen, dass alle unsere Errungenschaften im Reichstage wieder aufgehoben werden können durch reactionäre Gesetze, die in Preussen über unsere Köpfe hinweg zu stande kommen. Wir rühmen uns, die stärkste Partei in Deutschland zu sein, aber wir müssen uns doch eingestehen, dass unsere Kraft nicht ausreicht, um alle unsere Gegner auf einmal zu vernichten. Wäre das Wort von der „einen reactionären Masse“ wahr, so würden wir heute noch lange nicht so weit sein, wie wir thatsächlich sind, denn dann wären zweifellos Umsturzvorlage, Zuchthausvorlage, lex Recke und alle die anderen Versuche zur Unterdrückung der modernen Arbeiterschaft geglückt.

Und in welche schiefe Lage kommen wir fort und fort dadurch, dass wir im Landtage des grössten deutschen Bundesstaates nicht vertreten sind? Um einen unserer Parteigenossen zu massregeln, wird Jahre hindurch der ganze gesetzgeberische Apparat in Thätigkeit gesetzt — wir können kein Wort mitreden, sondern müssen die Verteidigung unseres Genossen Vertretern der Bourgeoisie überlassen. In unserem Communalwahlprogramm fordern wir die Einführung des Reichswahlrecht für die Gemeindevahlen. Und was thun wir zur Erreichung dieses Zieles? Wir bitten die Vertreter des Geldsacks im roten Hause um die Erlaubnis, uns demütig petitionierend an den preussischen Landtag wenden zu dürfen, also an

die Leute, die wir mit Recht als unsere schlimmsten Feinde betrachten, und die uns, wenn wir uns ihnen mit solcher Bitte nahen, höchstens einen Fusstritt versetzen. Wir rühmen uns, die Welt erobern zu können, aber wenn es gilt, auch nur ein einziges Landtagsmandat zu erobern, da türmen sich unüberwindliche Schwierigkeiten auf.

Unser grösster Fehler besteht darin, dass wir unsere Macht überschätzen. Gestehen wir doch endlich ein, dass wir nicht die Kraft haben, das Junkertum und das liberale Bürgertum auf einmal zu überwinden! Deshalb ist es taktisch richtig, zuerst einmal den Kampf aufzunehmen mit unserem gefährlichsten Gegner, dem Junkertum, das nun einmal den Hort der Reaction in Preussen und in Deutschland bildet. Natürlich dürfen wir darüber nicht vergessen, dass wir, sobald erst das Junkertum besiegt ist, alle unsere Kräfte auf den Kampf gegen die Bourgeoisie zu concentrieren haben, die wir ohnehin da, wo es not thut, auch jetzt schon befehlen müssen, um auch ihre Macht allmählich zu untergraben.

Das ist die Taktik, die uns von jeher empfohlen, aber leider nicht befolgt ist. Das ist die Taktik, die Lassalle empfiehlt, wenn er der Arbeiterschaft rät, sich überall als eine selbständige und durchaus von den Fortschrittlern getrennte Partei zu fühlen und zu constituieren, „gleichwohl die Fortschrittspartei in solchen Punkten und Fragen zu unterstützen, in welchen das Interesse ein gemeinschaftliches ist, ihr entschieden den Rücken zu kehren und gegen sie aufzutreten, so oft sie sich von demselben entfernt, die Fortschrittspartei eben dadurch zu zwingen, entweder sich vorwärts zu entwickeln und das Fortschrittsniveau zu übersteigen oder aber immer tiefer im Sumpf von Bedeutungs- und Machtlosigkeit zu versinken, in welchem sie bereits knietief angelangt ist.“ Das ist die Taktik, die uns Liebknecht empfiehlt, wenn er sagt: „Soweit sich das Bürgertum gegen den Capitalismus und die von ihm geschützte und geförderte Reaction wendet, haben wir es entweder positiv zu unterstützen oder doch wenigstens ihm nicht feindlich entgegenzutreten“.

Unser gefährlichster Gegner ist das preussische Junkertum; ihn müssen wir vernichten. Will das liberale Bürgertum gleichfalls den Kampf mit ihm ernstlich aufnehmen, so haben wir es — getreu der von unseren Führern empfohlenen Taktik — in diesem Kampfe zu unterstützen; anderenfalls wagen wir allein den Kampf. Das Junkertum zu besiegen ist eine zwingende Notwendigkeit, damit die Bahn für weitere Erfolge für uns frei wird. Wollen wir aber den Feind zu Boden strecken, so müssen wir in Feindes Land gehen. Die Domäne des Junkertums ist der preussische Landtag; in ihn müssen wir eindringen, um der Reaction ein Ende zu machen.

Gutenberg.

Von

Leo Frobenius.

(Berlin.)

Johannes Gensfleisch zum Gutenberg, der Erfinder des Buchdruckes, ist am Johannistage des Jahres 1400 in Mainz geboren — so nimmt die Geschichte an.